# Freundschaft

**Das schwierige Verhältnis des Westens zu Russland wird vor allem im Osten Deutschlands heftig kritisiert. Warum ist das so?**

*Von Stefan Locke und Matthias Wyssuwa*

DRESDEN/ERFURT/ROSTOCK, im Mai

Heike Richter kniet vor einer 50 mal 50 Zentimeter großen Tafel aus geschliffenem Quarzporphyr und entfernt hohes Gras von den Seiten, das den liegenden Grabstein überwuchert hat. Dann greift sie zu einem Spatel und schabt das Moos zwischen den Buchstaben ab. Zuerst kommt ein Sowjetstern zum Vorschein, nach einer Viertelstunde ist auch die Inschrift deutlich zu lesen. „Jana" steht da in kyrillischen Buchstaben, darunter das Geburts- und Sterbedatum, zwischen denen nur wenige Monate liegen. „Hier liegt unser Töchterchen. Wir werden dich nie vergessen. Mama, Papa, Schwester." Der Grabstein ist aus dem Jahr 1987. „Es ist der letzte, der hier eingelassen wurde", sagt Richter. Die Familie selbst kennt sie nicht, sie weiß nur, dass sie Teil der sowjetischen Armee war, die bis 1994 auch in Dresden stationiert war.

Es ist ein warmer Frühlingssamstag, an dem der Dresdner Verein „DenkMalFort" zum Subbotnik aufgerufen hat. Das ist das russische Wort für Samstag, aber ein seit DDR-Zeiten auch im Osten geläufiger Begriff für einen unentgeltlichen Arbeitseinsatz. Etwa 50 Dresdner Bürger sind mit Harken, Spaten, Besen und Schubkarren gekommen, um den nördlichen Teil des Garnisonfriedhofs von Laub, Gras und Ästen zu befreien. 670 Gräber gibt es hier, meist von jungen Soldaten, aber auch von Familienangehörigen damaliger Offiziere. Alle Grabtafeln sind in den Boden eingelassen und auf den ersten Blick oft gar nicht zu erkennen. Auf jeder prangt ein Sowjetstern, darunter Namen und Lebensdaten der Toten sowie eine kleine Inschrift. „Mich berührt das sehr", sagt Richter, die jedes Jahr bei diesem Arbeitseinsatz dabei ist. Sie hat erfahren, dass etwa ein Viertel der jungen Soldaten durch die berüchtigte Dedowtschina gestorben sein sollen, also das zum Teil grausame Schikanieren Wehrpflichtiger durch ältere Soldaten. „Diese kleinen Tafeln sind das Letzte, was von ihnen noch da ist", sagt sie.

Vor ein paar Jahren wollte das Land Sachsen diesen Teil des Friedhofs einebnen und alle Grabsteine schreddern lassen. „Als ich das erfuhr, hat sich in mir alles gesträubt", erzählt Richter. „Ich bin richtig wütend geworden." Erst recht, nachdem die zuständige Behörde den Plan allein mit Kosten begründete. Es formierte sich Widerstand, aus dem eine Bürgerinitiative und schließlich der Verein „DenkMalFort" entstanden. Dieser erreichte, dass die Fläche unter Denkmalschutz gestellt wurde; seitdem verweigert das Land die weitere Pflege, die nun die Bürger organisieren.

„So was hätte sich im Westen niemand mit einem amerikanischen Friedhof getraut!", ruft ein Dresdner, Mitte 50, der seinen Namen „lieber nicht" nennen will. „Die Sowjets waren Teil unseres Lebens, so wie die Amerikaner Teil des Lebens im Westen waren", sagt er, während er einen Grabstein sauber bürstet. Diese Gräber zu erhalten, gehöre für ihn zur Völkerverständigung. Gerade jetzt, wo die Russen wieder als Feindbild aufgebaut würden. „Ich will nicht, dass Menschen, die uns geholfen haben, jetzt verteufelt und schlechtgemacht werden." Die Sowjetunion habe den größten Anteil an der Befreiung und die Hauptlast des Zweiten Weltkrieges getragen, was heute häufig negiert oder ganz vergessen werde. „27 Millionen Tote!", ruft er. „Die Russen hätten allen Grund, Angst vor uns zu haben, aber doch nicht wir vor denen. Warum redet man uns heute so was ein?"

Eigentlich schien das gesamtdeutsch-russische Verhältnis schon mal auf einem ziemlich guten Weg zu sein. Als Höhepunkt gilt die Rede Wladimir Putins vor dem Bundestag 2001. Der damals junge Präsident schien Europa die Hand zu reichen. Seitdem ist viel passiert. Spätestens seit der Krise in der Ukraine 2014, spätestens seitdem Russland die Krim völkerrechtswidrig annektierte, ist nicht nur das Verhältnis zwischen Berlin und Moskau extrem angespannt. Es wurde auch deutlich, wie unterschiedlich man selbst in Deutschland auf Russland blickt. Wie sehr sich die Wahrnehmung im Osten unterscheidet von jener im Westen. Das hat mit der Geschichte zu tun. Mit der Wirtschaft. Und nicht zuletzt mit einer Distanz zum Westen selbst.

„Es ist schade, dass das Verhältnis zu Russland so schlecht ist", sagt Heike Richter. Jede Großmacht habe ihre Vor- und Nachteile, formuliert sie diplomatisch. Zu DDR-Zeiten habe sie alles geglaubt, was in der Schule über die Sowjetunion erzählt wurde. Als nach 1989 die Berichte über Stalins Terror und die GULags ans Licht kamen, sei für sie eine Welt zusammengebrochen. „Seitdem habe ich mir geschworen, nie wieder so oberflächlich zu sein." Auf die Erzählungen des Konflikts um die Krim und des Kriegs in der Ukraine blickt sie deshalb skeptisch, schenkt keiner Seite und auch den Berichten hierzulande wenig Glauben.

Das belastete Verhältnis zu Russland macht vielen Leuten Sorgen, obwohl man im Osten Anfang der neunziger Jahre froh war, dass die Russen endlich weg waren. Die dauernden Tiefflüge von russischen Kampfflugzeugen, die Umweltzerstörung, die allgegenwärtigen Vorrechte der Besatzungsmacht und vor allem die immensen Kosten für die Stationierung der 500 000 Sowjetsoldaten, welche die DDR allein zu tragen hatte, waren vielen ebenso verhasst wie die Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft oder der Russischunterricht. Heute dagegen ist im Osten stolz, wer noch ein paar Brocken Russisch kann, und zwar auch deshalb, weil es viele Westdeutsche nicht können, die seit 1990 im Osten in nahezu allen Lebensbereichen das Sagen haben. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass das von der SED gewünschte, aber zu DDR-Zeiten nie erreichte enge Verhältnis zu den „Freunden", wie die Sowjets damals allgemein genannt wurden, erst nach der Wiedervereinigung vor allem als Abgrenzung gegenüber dem Westen entstand.

Wladimir Putin gilt heute nicht wenigen als ein Politiker, der dem Westen Einhalt gebietet. „Putin hat den Mut, dagegenzuhalten", sagt etwa Wolfgang Schälike. Der 80 Jahre alte Mann ist ausgewiesener Russland-Kenner und Vorsitzender des Deutsch-Russischen Kulturinstituts in Dresden, das den Subbotnik auf dem Friedhof mitorganisiert. Schälike sagt, ihm liege vor allem der kulturelle Austausch zwischen Russen und Deutschen am Herzen; das Institut unterhält eine Bibliothek, veranstaltet Konzerte, Lesungen, Vorträge. Vor zwölf Jahren hat er ein Dostojewskij-Denkmal in Dresden aufstellen lassen, dass Merkel und Putin gemeinsam einweihten. Das heute schwierige Verhältnis beider Länder führt er auf eine „Russophobie" des Westens zurück. Zwar sei das Verhältnis zwischen Ostdeutschen und Russen lange schwierig gewesen. „Doch echte Angst vor den Russen hat im Osten niemand."

Schälike sagt, dass der Westen in der Jelzin-Ära „phänomenal versagt" habe. Statt beim Aufbau demokratischer Strukturen zu helfen, habe man Russland nur als besiegt und künftigen Markt gesehen. In der Folge habe sich eine „Diebes-Elite" bereichert, während die Bevölkerung verarmte und das Land ins Chaos fiel; seitdem sei „Demokrat" ein Schimpfwort in Russland und Putin der Mann, der die Ordnung wiederherstelle sowie Löhne und Renten pünktlich zahle. Beim Thema „große Politik" wird Schälike sehr emotional. Es sei Putins gutes Recht, wie die Amerikaner in Syrien rote Linien zu ziehen, sagt er. Der Westen verhalte sich bigott, wenn er etwa die Loslösung der Ostukraine kritisiere, die des Kosovos von Serbien aber protegiere, und überhaupt: Wieso werde Russland mit Sanktionen belegt, die Vereinigten Staaten aber nicht, trotz ihres völkerrechtswidrigen und auf Lügen gebauten Angriffs des Iraks? Ihn ärgere, wie Angela Merkel in der Sache herumeiere, Gerhard Schröder dagegen habe „Mumm gezeigt". So und ähnlich ist der Tenor auch in Leserbriefen an Ostdeutschlands Zeitungsredaktionen.

Es geht aber nicht nur um Emotionen. Es geht auch um Wirtschaft. Ministerpräsidenten ostdeutscher Bundesländer haben die Sanktionen gegen Russland immer wieder kritisiert. Auch, weil sie heimischen Unternehmen schaden, die oft erfolgreich frühere DDR-Verbindungen zu Russlands Wirtschaft reaktiviert haben. Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gab es vor kurzem eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Die Partnerschaft zwischen dem Leningrader Gebiet und Mecklenburg-Vorpommern auch in schwierigen Zeiten weiter pflegen und verstärken", angemeldet von der SPD-Fraktion. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hatte auch um das Wort gebeten. Sie sei „fest davon überzeugt, dass wir auch in schwierigen Zeiten im guten Dialog mit Russland bleiben können, weil Russland unser Partner ist, aber weil sich auch mit Russland viele große internationale Konflikte gemeinsam lösen können". Beifall von der SPD ist im Protokoll vermerkt. „Darüber hinaus können wir mit der regionalen Partnerschaft zum Leningrader Gebiet unseren Beitrag dazu leisten, im guten Dialog zu bleiben." Schwesig lobte ihren Vorgänger Erwin Sellering, der auch in schwierigen Zeiten an der Partnerschaft festgehalten habe, „wo es nicht Mainstream war, im Dialog mit Russland zu sein". Sie sagte: „Gute Partnerschaften müssen auch schwierige Zeiten durchstehen." Beifall von SPD, CDU und AfD.

Auf Außenminister Heiko Maas ging sie im Landtag nicht direkt ein. Der hatte kurz zuvor geäußert, Russland agiere „leider zunehmend feindselig". Schwesig sagte, sie teile die Einschätzung „unseres Bundespräsidenten Steinmeier, der in den letzten Wochen mit Blick auf Russland von einer gefährlichen Entfremdung gesprochen und alle aufgefordert hat, dem entgegenzuwirken". Schwesig warb für einen wechselseitigen, schrittweisen Abbau der Sanktionen. Nach ihr sprach ein Abgeordneter der AfD. Er hob hervor, dass die Aufhebung der Sanktionen von „eminenter Bedeutung" sei für das Wohlergehen Mecklenburg-Vorpommerns, und fügte an: „Und ich muss ehrlich sagen, dass mir jedes Mal ein Stück weit das Herz aufgeht, wenn wir mit ihnen doch mal wieder Schnittmengen finden."

Tatsächlich ist die wirtschaftliche Beziehung Mecklenburg-Vorpommerns zu Russland, dem drittgrößten Außenhandelspartner, eine besondere. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Ausrichtung des sogenannten Russlandtags in dem Land, der unter Sellering seine Premiere feierte. Ausgerechnet 2014, als die Krise in der Ukraine eskalierte. Gerhard Schröder redete damals in Rostock, kritisierte Sanktionen und sprach laut Manuskript als deren Aufsichtsratsvorsitzender auch über die Nord-Stream-Pipeline, die in Mecklenburg-Vorpommern anlandet. Beim zweiten Russlandtag im Nordosten sprach Sigmar Gabriel. Der nächste Russlandtag findet im Oktober statt. Wenige Tage vor der Aktuellen Stunde im Schweriner Landtag hatte der neue russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, Mecklenburg-Vorpommern besucht. Schwesig lud ihm zum Russlandtag ein, und in der Staatskanzlei äußerte der Botschafter sich dann vor Journalisten erstaunt über ihre Begrüßung auf Russisch, er sagte zu, dass er im Herbst versuchen werde zu kommen, und bedankte sich auch für die Pflege der Kriegsdenkmäler. Im Anschluss fuhren die beiden noch nach Rostock, um eine Ausstellung in der Kunsthalle zu eröffnen: „Blumengruß aus Moskau". Im Landtag sagte Schwesig: „Auch wirtschaftliche Kontakte tragen zu einer guten Partnerschaft bei. Sie sind nichts Schlechtes, im Gegenteil, sie sind gut für eine Partnerschaft."

In Rostock sitzt Claus Ruhe Madsen am Fuße des Neptun-Hotels. Jeder Ostdeutsche kennt es wohl, wie es stolz und klobig am Strand von Warnemünde steht. Im Hotel traf man sich auch zum Russlandtag. Madsen ist aus Dänemark, das Land glaubt man an klaren Tagen von hier aus am Horizont erkennen zu können. Vor gut zwanzig Jahren ist Madsen nach Deutschland gekommen. Er hat eine Möbelkette aufgebaut und ist seit einigen Jahren Präsident der Industrie- und Handelskammer Rostock, der größten im Land. Er kommt von außen, und kennt sich hier bestens aus. Madsen war schon beim ersten Russlandtag dabei, seine Mitarbeiter von der Kammer sind gerade im „regen Austausch" mit der Landesregierung, um den nächsten vorzubereiten. 2014 habe man in der Kammer noch kontrovers diskutiert über den Russlandtag, sagt er. Eine Mehrheit sei dann aber dafür gewesen. Jetzt werde nicht mehr so kontrovers diskutiert. Die Russland-Kritiker seien leiser geworden. Auch, weil die Sanktionen nicht den gewünschten Effekt gehabt hätten. „Man ist überzeugt, dass Dialog besser ist, und der Handel."

Madsen weiß, welchen Effekt die Sanktionen – und die russischen Gegensanktionen – auf Mecklenburg-Vorpommern gehabt haben. Auf die Landwirtschaft und die Molkereien, die keinen Käse mehr nach Russland exportieren können. Hier sei der russische Markt vermutlich „dauerhaft verloren", hat ihm ein Mitarbeiter geschrieben. Für einen Hafen auf der Insel Rügen, der extra die Zuggleise so gebaut hat, das russische Züge auf ihnen fahren können, um leichter beladen und wieder verschifft zu werden, und dessen Geschäft nun total eingebrochen sei. Allerdings sind die Handelszahlen zumindest von Mecklenburg-Vorpommern mit Russland 2017 wieder angestiegen. Die Exporte sind um 43 Prozent auf 221 Millionen Euro gestiegen, die Importe um 64 Prozent auf 800 Millionen. 1,1 Milliarden Euro betrug das Handelsvolumen 2014, auf 642 Millionen Euro war es 2016 gesunken. Hingegen sind zum Beispiel in Sachsen und Thüringen die Zahlen noch immer weit entfernt von den Werten aus der Zeit vor den Sanktionen. Für Madsen sind aber die Zahlen nicht alles. Es gebe auch einen psychologischen Effekt, sagt er. Alle suchten nach neuen Märkten, und jener, der für das Land so nahe liege, sei plötzlich ganz fern gewesen. Es gehe um Vertrauen, das entstehe, wenn man Geschäfte mache. Überhaupt gehe es nicht nur um die Wirtschaft. Madsen weiß um die Beziehungen der Leute zu Russland, die privaten und geschäftlichen. Aus Studientagen, über Freunde und Familie. Er sagt, es gehe auch um die Seele.

„Wenn ich durch das Land reise, werde ich häufig auf unsere Beziehung zur Russland angesprochen", hatte Schwesig dieser Zeitung gesagt. Das Thema bewege die Menschen. „Sie machen sich Sorgen wegen der zunehmenden Konfrontation. Sie wollen, dass Deutschland und Russland miteinander im Dialog bleiben."

„Es geht nur über Gespräche", sagt auch Martin Kummer. Der CDU-Politiker war Oberbürgermeister von Suhl und ist heute Vorsitzender der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft Thüringen. Er wünscht sich, dass Außenminister Maas bald nach Moskau fährt. „Er muss ja nicht klein beigeben, aber doch wenigstens den Dialog suchen." Der stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft kommt von der Linkspartei, er winkt ab und brummt: „Wir sind doch USA-hörig, ist heute Staatsräson." Kummer sieht das anders, aber solche Meinungsverschiedenheiten halten sie im Verein aus, ihnen geht es vor allem um den zivilgesellschaftlichen Austausch.

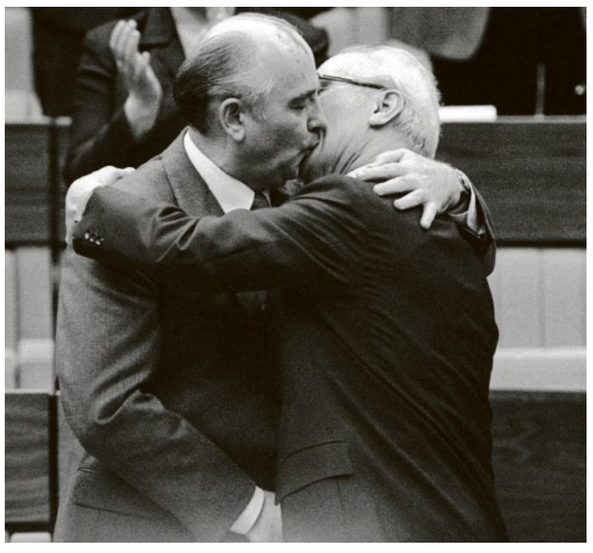
Anders als jene Ostdeutschen, die als junge Leute in der Sowjetunion studierten, am Bau der Erdgastrasse mitarbeiteten oder mit „Jugendtourist" Kiew, den Kaukasus und den Baikalsee erkundeten und noch heute von der überwältigenden Landschaft und der Herzlichkeit der Menschen schwärmen, war Kummer zu DDR-Zeiten nie in der Sowjetunion. Als er nach der Wende Oberbürgermeister wurde, sah er, dass Suhl eine Städtepartnerschaft mit Kaluga hat. „Da fahren wir doch mal hin", entschied er, während andere Ost-Städte ähnliche Verbindungen auf Eis legten und viele CDU-Parteifreunde ihn für verrückt erklärten. Umgekehrt hätten Mitglieder der Linkspartei dem Verein den Rücken gekehrt, als er Vorsitzender wurde. Kummer aber ist kein Ideologe, sondern Praktiker, und als solcher ist er überzeugt, dass es ohne Russland keinen Frieden in Europa gibt. Deshalb fördert er den Austausch, wo es geht, vermittelt etwa Russen nach Thüringen im Programm mit einer Moskauer Universität. So machen jedes Jahr russische Studenten Praktika im Erfurter Landtag, finanziert von den Fraktionen.

Elft- und Zwölftklässler des Erfurter Walter-Gropius-Gymnasiums wiederum fahren jedes Jahr nach Sankt Petersburg. An einem Nachmittag Anfang Mai berichten sie begeistert von ihren Erfahrungen, von der Schönheit der Stadt, den aufgeschlossenen Menschen. In ihrem Russisch-Zimmer steht ein Samowar, es gibt frisch gebrühten Tee, an den Wänden hängen Fotos vergangener Besuche in der Stadt an der Newa. Es sei „supernervig", dass das Russland-Bild hierzulande so konfliktbeladen sei, sagt eine Schülerin. Es fehle unglaublich viel Wissen, gebe zu viel Ideologie. „Wir Jugendlichen denken gar nicht mehr in Ost und West, wir haben gar nicht diese Schalte", sagt sie. Ein Schüler erzählt von Freunden, die ein Highschool-Jahr in Amerika verbracht haben und eher ernüchtert zurückgekehrt seien. Wahrscheinlich sei es so, dass das Bild der Vereinigten Staaten in Deutschland zu positiv und das Russlands zu negativ gezeichnet werde. Alle nicken.

Politik spiele bei den Besuchen in Sankt Petersburg keine Rolle, sagt Studienrätin Ellen Eichler. Sie hätten mal das Thema Wahlen angesprochen, doch die russischen Schüler hätten abgeblockt. „Die Menschen ziehen sich ins Private zurück." Eine Strategie, die ihr aus der DDR bekannt vorkommt. Im wiedervereinten Deutschland wiederum hat auch sie erfahren, wie das ideologische Pendel in die andere Richtung schwang, als sie sich die Freiheit nahm, Russischlehrerin werden zu wollen. „Als ich nicht wie andere meine Ausbildung abbrach, wurde ich vom Kultusministerium gefragt, ob ich die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätte." Eichler sagt aber auch, dass sie beim Thema Russland kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sehe. „Ich bin häufig in Bayern, da reden die Leute darüber genauso wie hier." Sie wünscht sich, dass sich das Verhältnis wieder normalisiert, auch weil die Sanktionen ihren Schüleraustausch erheblich behinderten. „Doch gerade die Kontakte auf kleiner Ebene sind so wichtig."

Am 8. Mai hatte Martin Kummer in Erfurt eine Gedenkveranstaltung an das Kriegsende organisiert. Er sagt, wie wichtig dieses Datum den Russen sei. In Deutschland dagegen ist es kein offizieller Gedenktag. Die Russen, sagt Kummer, registrierten so etwas genau, ebenso wie das Datum, an dem die EU jährlich die Sanktionen verlängere. Es ist der 22. Juni, der Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Dass so etwas im Westen niemandem aufzufallen scheint, ist für Kummer nicht zu fassen. Beim offiziellen Gedenken an das Kriegsende dagegen scheint sich etwas zu verändern. Auch auf dem Dresdner Garnisonfriedhof nehmen neuerdings wieder offizielle Vertreter von Stadt und Land am Gedenken zum Tag der Befreiung teil.

**Idyllisch:** *Der russische Botschafter Netschajew (Zweiter von links) und Ministerpräsidentin Schwesig (Zweite von rechts) in der Ausstellung* Foto Kunsthalle Rostock



**Ein ganz besonderes Verhältnis:** *Wladimir Putin 2001 im Bundestag, Leonid Breschnew und Honecker 1979, Michail Gorbatschow und Honecker 1987, Putin und Gerhard Schröder 2010* Fotos Action Press, AP, Imago, Daniel Pilar

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv